

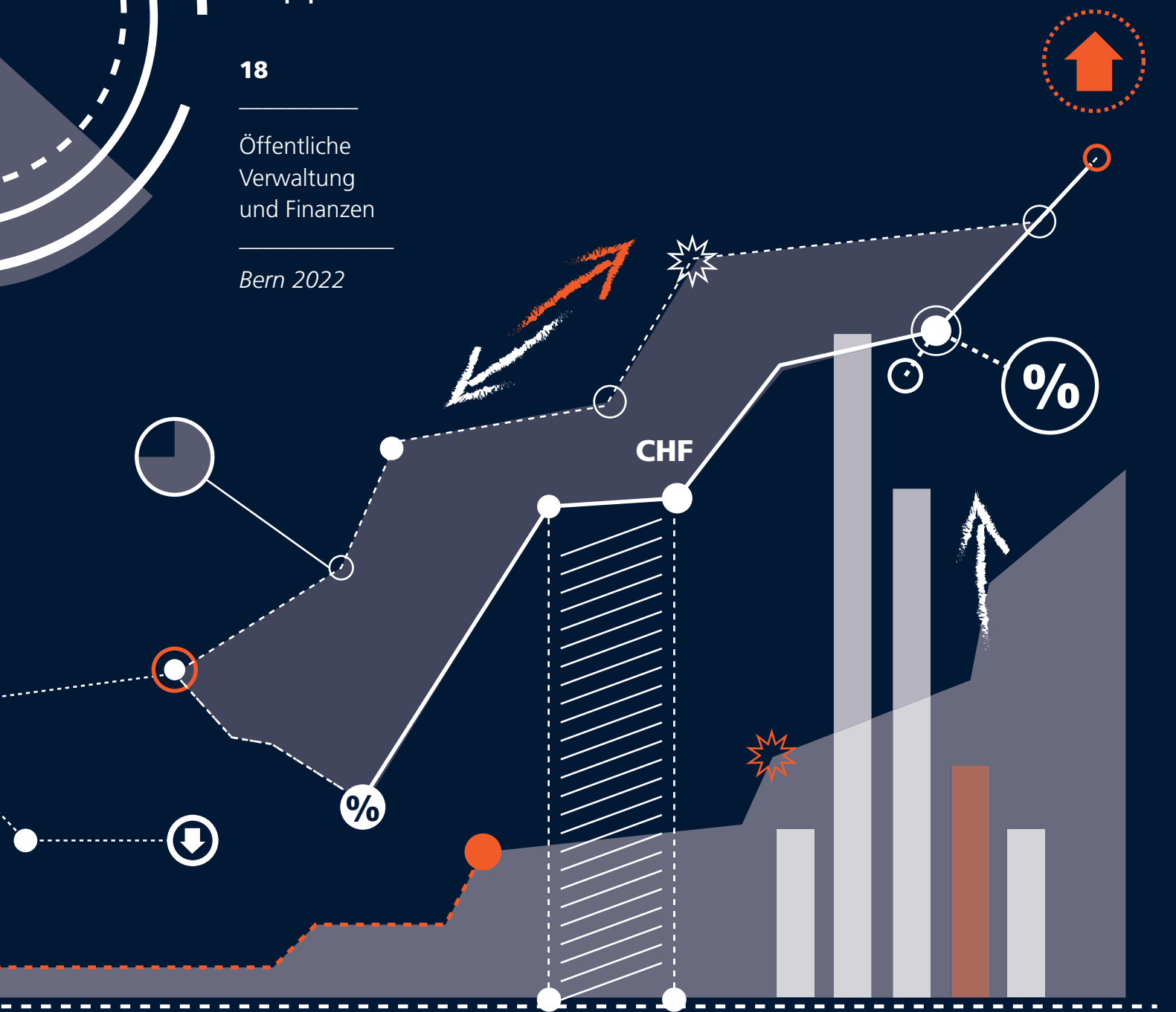
Öffentliche Finanzen der Schweiz 2020–2023

Hauptpublikation der Finanzstatistik

18

Öffentliche
Verwaltung
und Finanzen

Bern 2022



Herausgeber: Eidgenössische Finanzverwaltung
Auskunft: finstat@efv.admin.ch, Tel. 058 462 15 44
Redaktion: Eidgenössische Finanzverwaltung, EFV
Inhalt: Sektion Finanzstatistik, EFV
Reihe: Statistik der Schweiz
Themenbereich: 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
Originaltext: Deutsch
Übersetzung: Sektion Sprachdienste EFD
Layout: Sektion Finanzstatistik, EFV
Publikationsdatum: 13. Oktober 2022
Online: <https://www.efv.admin.ch>
Copyright: EFV, Bern
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet

Vertrieb: www.bundespublikationen.admin.ch, Art.-Nr. 601.100.D

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wichtigste in Kürze	1
2	Einleitung	3
3	Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)	4
3.1	Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben	4
3.2	Bilanz und Verschuldung	11
4	Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)	15
4.1	Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben	15
4.2	Verschuldung	21
5	Anhang	24

1 Das Wichtigste in Kürze

Jahr 2022 - Die Erholung der Schweizer Wirtschaft von der Corona-Pandemie hat sich anfangs 2022 deutlich fortgesetzt, dürfte aber ab dem 3. Quartal aufgrund anhaltender Lieferengpässe, einer höheren Inflation und einer allgemein restriktiveren Geldpolitik stark gebremst werden. Nichtsdestotrotz dürften nicht vollständig ausgeschöpfte Mittel zur Abfederung der Pandemie sowie das solide Steuerwachstum bei den Kantonen und Gemeinden wesentlich zur positiven Finanzentwicklung des Sektors Staat beitragen. Dank den hohen positiven Finanzierungssaldi der Kantone und Sozialversicherungen wird für den Gesamtstaat im international vergleichbaren GFS-Modell ein Gewinn von 1,3 Milliarden erwartet. In Relation zur Wirtschaftsleistung beträgt der erwartete Überschuss 0,2 %, während vergleichsweise die Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchschnittlich ein Defizit von 5,0 % des nominalen Bruttoinlandprodukt (BIP) erwarten. Von den OECD-Ländern dürften 2022 nebst der Schweiz auch Norwegen (10,1 %), Dänemark (3,7 %), Estland (0,9 %) und Luxemburg (0,8 %) einen Überschuss in Relation zum BIP haben. Norwegen und Dänemark profitieren in Zeiten hoher Energiepreise besonders stark von der eigenen Öl- und Gasindustrie.

2022 dürfte die Staatsquote der Schweiz mit 33,6 % voraussichtlich um 1,6 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand von 32,0 % liegen. Verglichen mit dem OECD-Raum wird sie aber deutlich unter dem Durchschnitt bleiben. Die Fremdkapitalquote der öffentlichen Haushalte (gemäss Definition des Internationalen Währungsfonds) dürfte für die Schweiz bei 42,2 % liegen, während sie im Euroraum 115 % und für die OECD-Staaten 124,4 % betragen wird. Auch die Nettoschulden verzeichnen bedingt durch den hohen Finanzierungsbedarf der Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise in den Jahren 2020-2022 einen deutlichen Anstieg. Im Zuge der Konjunkturerholung und den positiven Finanzierungssaldi (mitunter dank den Zusatzausschüttungen der SNB) ist die Nettoschuldenquote der Schweiz hingegen seit 2021 wieder rückläufig.

Jahr 2023 - Die grösstenteils wegfallenden Corona-Ausgaben und das solide Einnahmenwachstum dürften 2023 weiter zur Verbesserung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte führen. Kantone und die öffentlichen Sozialversicherungen dürften Überschüsse von 3,8 bzw. 2,5 Milliarden erzielen. Für den Gesamtstaat wird ein Überschuss von 0,6 % des BIP erwartet.

Die Staatsquote der Schweiz dürfte 2023 aufgrund der kräftigen Wirtschaftsleistung auf 32,4 % des BIP sinken und damit um 0,4 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand liegen. Im Vergleich mit anderen OECD-Ländern wird die Staatsquote der Schweiz auch in den nächsten Jahren tief bleiben.

Risiken - Die grösste Unsicherheit für die öffentlichen Finanzen besteht darin, dass sich die Wirtschaftslage aufgrund der Auswirkungen internationaler Entwicklungen (Krieg in der Ukraine, stärker steigende Energie- und Rohstoffpreise, weitere Bezugs- und Lieferschwierigkeiten von Rohstoffen und Waren sowie eine allgemein restriktivere Geldpolitik) noch stärker verschlechtern könnte. Dies hätte höhere Staatsausgaben (z.B. für humanitäre Hilfe, Verteidigung, Brennstoffe und Energie, Finanzausgaben) und verminderte Fiskaleinnahmen zur Folge, was die Staatsfinanzen belasten würde. Zudem hat die Schweizerische Natio-

nalbank (SNB) für das erste Halbjahr 2022 einen Verlust von 95,2 Milliarden Franken bekannt gegeben. Je nach Geschäftsverlauf der SNB besteht somit eine Unsicherheit für Bund und die Kantone betreffend die Höhe der SNB-Gewinnausschüttung.¹

Mittelfristig stehen zudem auf der Ausgabenseite zahlreiche noch nicht finanzierte Vorhaben zur Diskussion, etwa ein Ausbau der Kinderkrippenförderung oder Mehrausgaben im Verkehr. Die finanzielle Stabilisierung der Schweizerischen Bundesbahnen, welche während der Corona-Pandemie 2020 und 2021 hohe Defizite erlitt, könnte den Bundeshaushalt mit mehreren Milliarden belasten.

¹ Gemäss Nationalbankgesetz ist die SNB verpflichtet, aus ihrem Jahresergebnis Rückstellungen zu bilden, um die Währungsreserven auf der geld- und währungspolitisch erforderlichen Höhe zu halten. Der nach Dotation der Rückstellungen verbleibende Gewinn steht grundsätzlich für die Ausschüttung an Bund und Kantone zur Verfügung.

2 Einleitung

Das vorliegende Dokument mit dem Titel "Öffentliche Finanzen der Schweiz" ist die Hauptpublikation der Sektion Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Diese jährliche Publikation erscheint in der Regel im Oktober und steht nur in elektronischer Form zur Verfügung.

Da ein breites Angebot an Datentabellen der Finanzstatistik auf der [Website der EFV](#) abrufbar ist, richtet sich der Fokus in dieser Hauptpublikation auf die visuelle Datenpräsentation. Die den Grafiken zugrundeliegenden Datentabellen können mit einem Klick auf das Icon rechts oberhalb der Grafik zusätzlich im Excel-Format heruntergeladen werden.

Diese Publikation befasst sich vorrangig mit der Entwicklung der Finanzen des Staatssektors als Ganzes. Die wichtigsten Entwicklungen der Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und Sozialversicherungen) werden stellenweise in einigen Grafiken dargestellt und im Text erläutert.

Kapitel 3 dieser Hauptpublikation präsentiert die Entwicklung und Struktur der Einnahmen und Ausgaben nach Arten, die Struktur und Entwicklung der Ausgaben nach Funktionen sowie die Struktur und Entwicklung der Bilanz. Kapitel 4 stellt die wichtigsten Indikatoren der öffentlichen Finanzen im internationalen Vergleich dar.

Die vorliegende Publikation enthält die definitiven Zahlen der Finanzstatistik zu den öffentlichen Haushalten für das Jahr 2020 nach [nationalen](#) und [internationalen](#) Statistikstandards. Darin werden auch die ersten provisorischen Ergebnisse für das Jahr 2021 sowie Schätzungen und Prognosen der Hauptaggregate für die Jahre 2022 und 2023 präsentiert. Auf der Website der EFV sind für gewisse Aggregate auch Prognosen bis 2026 abrufbar.

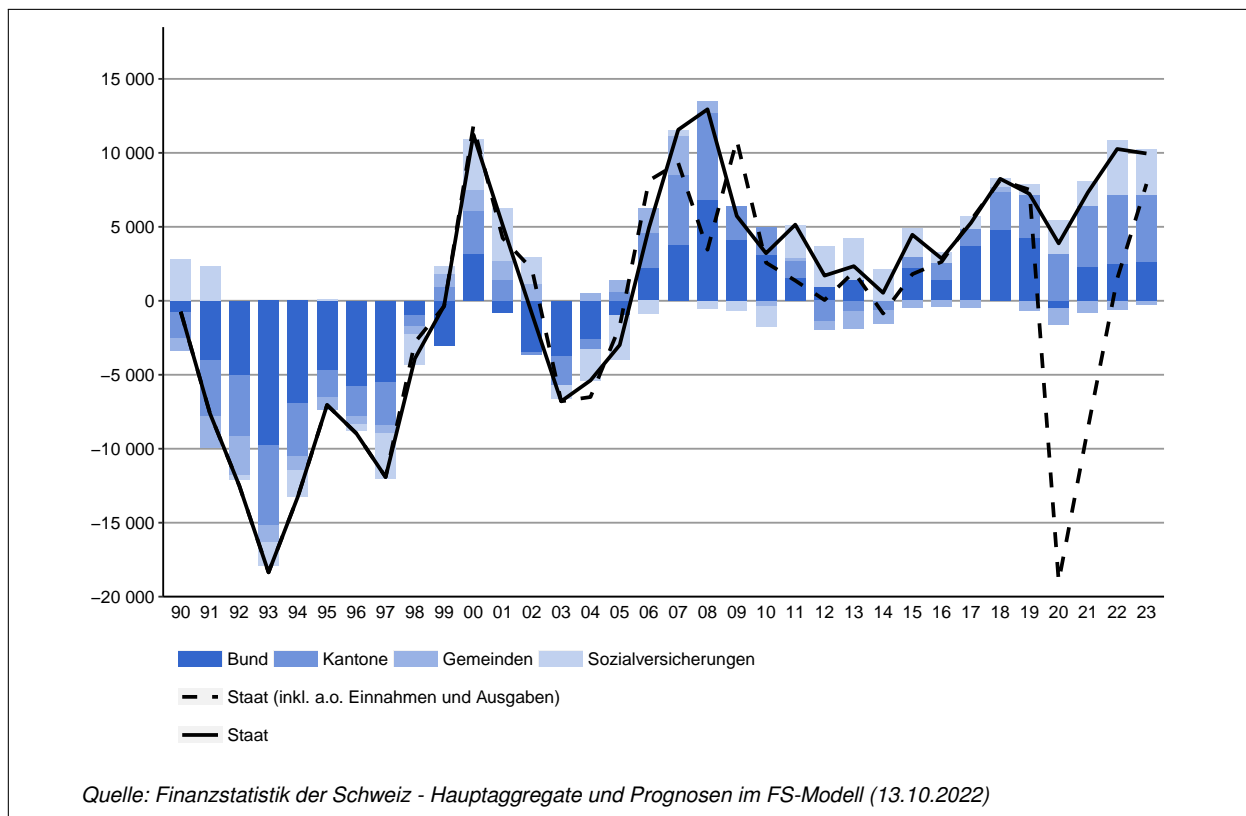
3 Öffentliche Finanzen der Schweiz nach nationalen Richtlinien (FS)

Das FS-Modell dient der nationalen Vergleichbarkeit der einzelnen öffentlichen Haushalte. Grundlage dafür bilden die nationalen Rechnungslegungsmodelle für die Kantone und Gemeinden (HRM1 und HRM2) und des Bundes (NRM). In diesem Kapitel werden für den Sektor Staat die wichtigsten Finanzkennzahlen (Ergebnis, Einnahmen, Ausgaben, Bilanz und Schulden) nach dem nationalen FS-Modell präsentiert.

3.1 Finanzierungsergebnis, Einnahmen und Ausgaben

Ergebnis der Finanzierungsrechnung - Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses der öffentlichen Haushalte im Zeitraum 1990-2023. Die schwarze Kurve und die blauen Balken stellen die Entwicklung des ordentlichen Finanzierungsergebnisses, d.h. die Differenz zwischen den ordentlichen Einnahmen und ordentlichen Ausgaben, für den Sektor Staat sowie dessen Teilsektoren (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen) dar. Die gestrichelte schwarze Linie veranschaulicht die Entwicklung des Finanzierungsergebnisses unter Einschluss der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben. Das Finanzierungsergebnis stellt dementsprechend das Gesamtergebnis der Finanzierungsrechnung der öffentlichen Haushalte dar.

Abbildung 1: Finanzierungsergebnis 1990–2023 (Mio. CHF)



In den Jahren 2014–2019 verbesserten sich sowohl das ordentliche Finanzierungsergebnis des Staats als auch das Ergebnis der ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben tendenziell. Die Corona-Pandemie führte zur grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten und hinterliess 2020 tiefe Spuren in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. Aufgrund der stark gestiegenen Ausgaben in den Teilsektoren Bund, Sozialversicherungen sowie Kantone und der hohen Steuerausfälle beim Bund (v.a. bei der Verrechnungssteuer) ergab sich in der Finanzierungsrechnung des Gesamtstaats 2020 ein Defizit von 19 Milliarden Franken. Ein Grossteil der Mehrausgaben diente dazu, die Einkommen zu stützen und Arbeitsplätze zu erhalten (z.B. Erwerbsersatz- und Kurzarbeitsentschädigung) sowie gesundheitliche Massnahmen (z.B. Beschaffung von Sanitätsmaterial und Corona-Tests) zu finanzieren.

Jahr 2021 - Die Stabilisierungsmassnahmen wurden mit den Härtefallhilfen an Unternehmen ergänzt, um besonders betroffene Branchen zu unterstützen. Trotz der gleichzeitig angestiegenen Fiskalerträge bei allen vier Teilsektoren blieb 2021 die Belastung für die öffentlichen Haushalte (insb. beim Bund) sehr hoch. Für den Gesamtstaat resultiert 2021 ein Defizit von 8,6 Milliarden Franken, welches wie im Vorjahr mit kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Finanzintermediären und Anleihen und den Abbau von flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen gedeckt wurde. Die Bruttoschulden nahmen 2021 um 7,1 Milliarden auf 233,6 Milliarden Franken und die Nettoschulden um 9,3 Milliarden auf 125,3 Milliarden zu.

Jahr 2022 - Im Zuge der Erholung der Schweizer Wirtschaft Ende 2021/Anfang 2022 dürfte sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte 2022 verbessern. Nicht vollständig ausgeschöpfte Mittel zur Abfederung der Corona-Pandemie sowie das solide Steuerwachstum bei den Kantonen und Gemeinden tragen wesentlich zur positiven Finanzentwicklung des Sektors Staat bei. So wird im FS-Modell für den Gesamtstaat vor allem dank der hohen positiven Finanzierungssaldi der Kantone und Sozialversicherungen ein Überschuss von 1,5 Milliarden erwartet. Der Teilsektor Bund wird 2022 zum dritten Mal in Folge der Corona-Pandemie ein Finanzierungsdefizit aufweisen, es dürfte sich auf rund 6 Milliarden Franken belaufen.

Die ausserordentlichen Ausgaben des Gesamtstaats dürften sich gegenüber den beiden Vorjahren reduzieren und auf rund 9 Milliarden Franken im Jahr 2022 belaufen. Sie fallen mehrheitlich beim Bund an und sind zur Bekämpfung der Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen bestimmt. In den ausserordentlichen Ausgaben des Bundes sind auch 1,7 Milliarden als Sozialhilfepauschalen an die Kantone für Schutzsuchende aus der Ukraine enthalten. Den ausserordentlichen Ausgaben des konsolidierten Gesamtstaats stehen ausserordentliche Einnahmen von 295 Millionen Franken gegenüber.

Jahr 2023 - Die wirtschaftliche Erholung nach der Corona-Pandemie dürfte sich 2023 aufgrund der schlechteren Weltnachfrage (weiterer Inflationsanstieg, verhaltene Nachfrage, Lieferengpässe) deutlich abschwächen. Bei Ausgaben in der Höhe von 247 Milliarden wird für den Gesamtstaat ein positives Finanzierungsergebnis von 7,9 Milliarden Franken erwartet, dies dank den hohen Überschüssen der beiden Teilsektoren Kantone und Sozialversicherungen. Auch der Teilsektor Bund dürfte ein positives Finanzierungsergebnis aufweisen, weil die Corona-bedingten Ausgaben mehrheitlich wegfallen. Infolge der erwarteten Finanzierungsüberschüsse dürften die Bruttoschulden des Gesamtstaats ab 2023 und die Nettoschulden ab 2022 weiter zurückgehen.

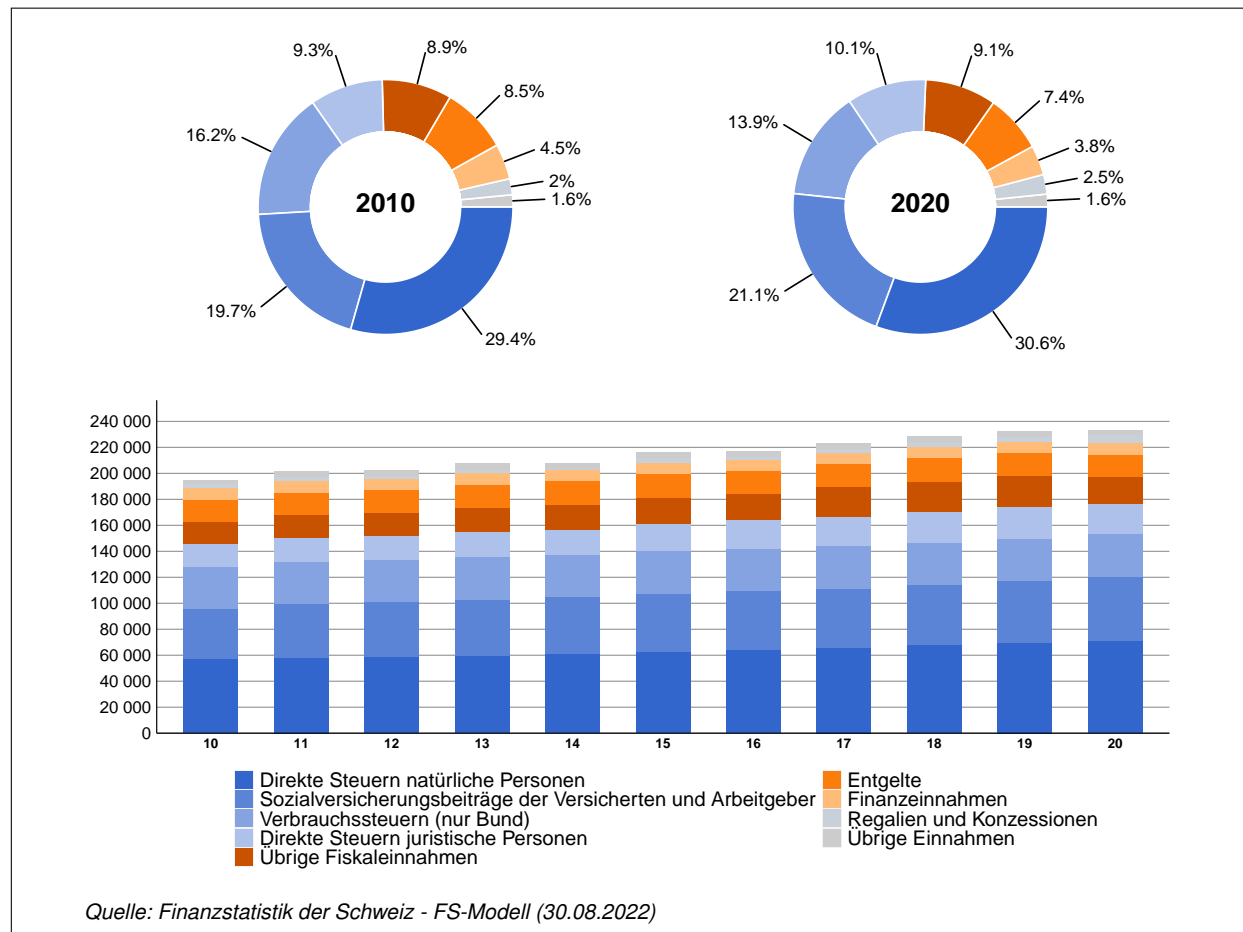
Risiken - Die grösste Unsicherheit für die öffentlichen Finanzen besteht darin, dass sich die Wirtschaftslage aufgrund der Auswirkungen internationaler Entwicklungen (Krieg in der Ukraine, stärker steigende Energie- und Rohstoffpreise, weitere Bezugs- und Lieferschwierigkeiten von Rohstoffen und Waren sowie eine allgemein restriktivere Geldpolitik) verschlechtern könnte. Für die kommenden Jahre hätte dies höhere

Staatsausgaben (z.B. für humanitäre Hilfe, Verteidigung, Brennstoffe und Energie, Finanzausgaben) und verminderte Fiskaleinnahmen zur Folge, was die Staatsfinanzen belasten würde. Zudem hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) für das erste Halbjahr 2022 einen Verlust von 95,2 Milliarden Franken bekannt gegeben. Je nach Geschäftsverlauf der SNB besteht somit eine Unsicherheit für Bund und die Kantone betreffend die Höhe der SNB-Gewinnausschüttung.

Mittelfristig stehen auf der Ausgabenseite zahlreiche noch nicht finanzierte Vorhaben zur Diskussion, etwa ein Ausbau der Kinderkrippenförderung oder Mehrausgaben im Verkehr. In den Bereichen Erasmus+, Horizon, Copernicus und Gesundheit strebt die Schweiz Abkommen mit der EU an. Diese Abkommen könnten den Gesamtstaat mit namhaften Mehrausgaben belasten. Zudem könnten Einbussen bei den Einnahmen in Zusammenhang mit der Reform der Ehe- und Familienbesteuerung (Individualbesteuerung) von rund 1 Milliarde Franken anfallen.

Einnahmen nach Arten - Die definitiven Zahlen der Finanzstatistik für das Jahr 2020 geben Aufschluss über die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung und die Struktur der Einnahmen des Staatssektors gemäss der Artengliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2).

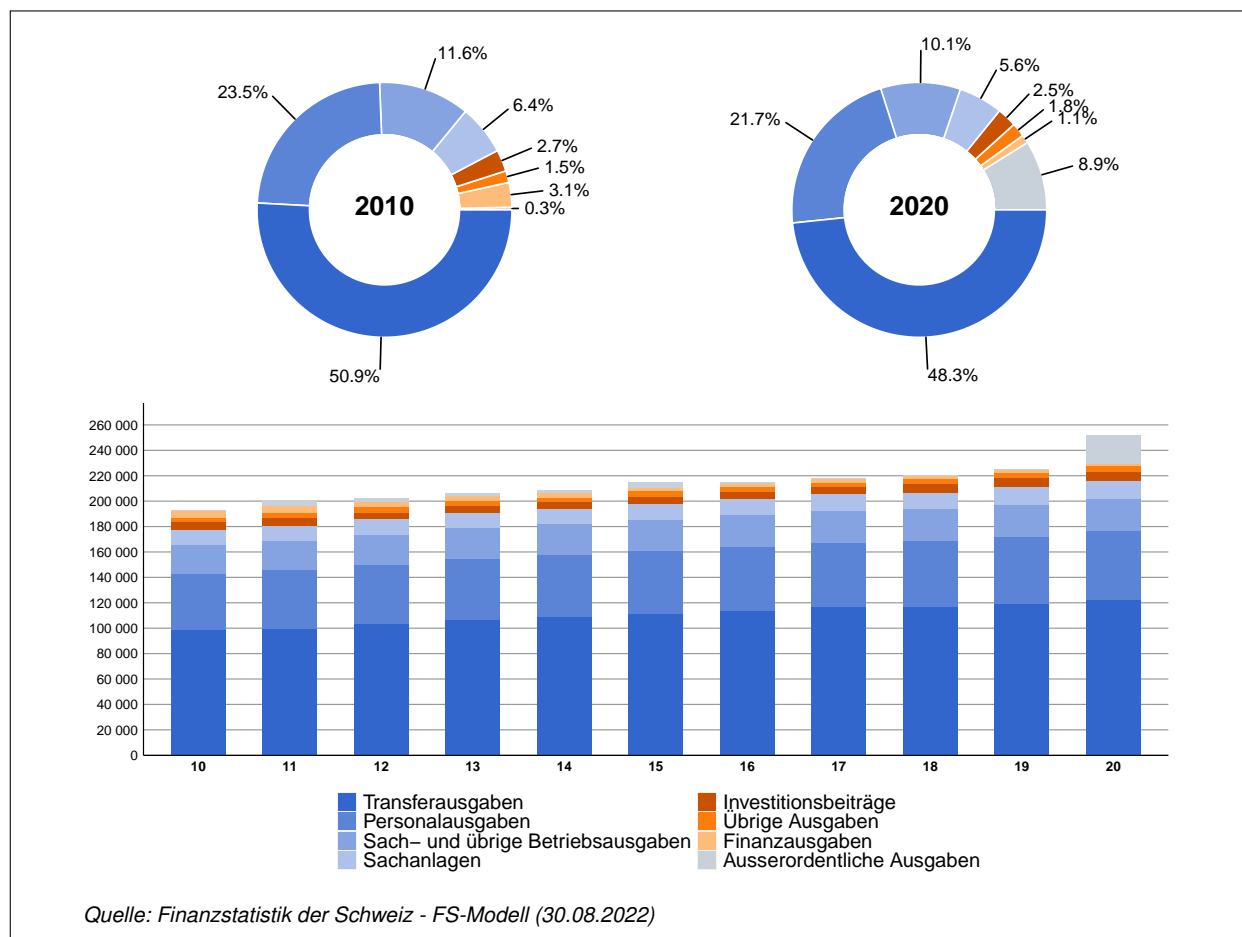
Abbildung 2: Einnahmen nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)



Seit 2010 stiegen die Staatseinnahmen um 37,8 Milliarden Franken, die ordentlichen Einnahmen verzeichneten einen Anstieg um 19,3 %. Wie der Abbildung 2 zu entnehmen ist, blieb die Finanzierungsstruktur des Staatssektors im Zeitraum 2010–2020 sehr stabil. Die Steuern als die wichtigste Finanzierungsquelle des Staats machten 2020 einen Anteil von 84,7 % an den Gesamteinnahmen aus. Von den Gesamteinnahmen in der Höhe von 233 Milliarden stammten rund 197 Milliarden Franken aus verschiedenen Steuerarten. Die Einnahmen aus den direkten Steuern der natürlichen Personen machten 2020 mit 30,6 % den grössten Anteil an den Gesamteinnahmen aus. An zweiter Stelle stehen die Sozialversicherungsbeiträge der Versicherten und Arbeitgeber, die im Jahr 2020 49,1 Milliarden Franken bzw. 21,1 % der Gesamteinnahmen generierten. Auf die beiden genannten Haupteinnahmekategorien entfällt seit 2010 rund die Hälfte der Einnahmen des Staatssektors. Dies dürfte auch in den nächsten Jahren so bleiben.

Ausgaben nach Arten - Die Struktur der Ausgaben nach Arten scheint volatiler zu sein als diejenige der Einnahmen, wie der Abbildung 3 zu entnehmen ist. Die meisten Mittel des Sektors Staat flossen via Transferausgaben an die anderen Wirtschaftssektoren (Unternehmen, Haushalte). So auch die wegen der Corona-Krise ergriffenen Massnahmen, die 2020 hauptsächlich als ausserordentliche Transferzahlungen den krisenbetroffenen Unternehmen, Arbeitnehmenden und Selbstständigerwerbenden zugutekamen.

Abbildung 3: Ausgaben nach Arten (Mio. CHF und Anteil am Total)



Über den Zeitraum von 10 Jahren betrachtet, legten die ordentlichen Transferausgaben um 23,8 Milliarden Franken zu. Sie sind gemessen an den Gesamtausgaben die grösste Ausgabenrubrik. Gegenüber 2010 sank der Anteil an den Gesamtausgaben von 50,9 % im Jahr 2010 auf 48,3 % im Jahr 2020. Auch der Anteil der Finanzausgaben am Ausgabentotal sank zwischen 2010 und 2020, von 3,1 % auf 1,1 %. In diesem Zeitraum gehen die Finanzausgaben insgesamt um 3,4 Milliarden Franken zurück. Der Rückgang erklärt sich unter anderem durch anhaltend rückläufige Zinssätze und dem in dieser Zeit erfolgten Schuldenabbau.

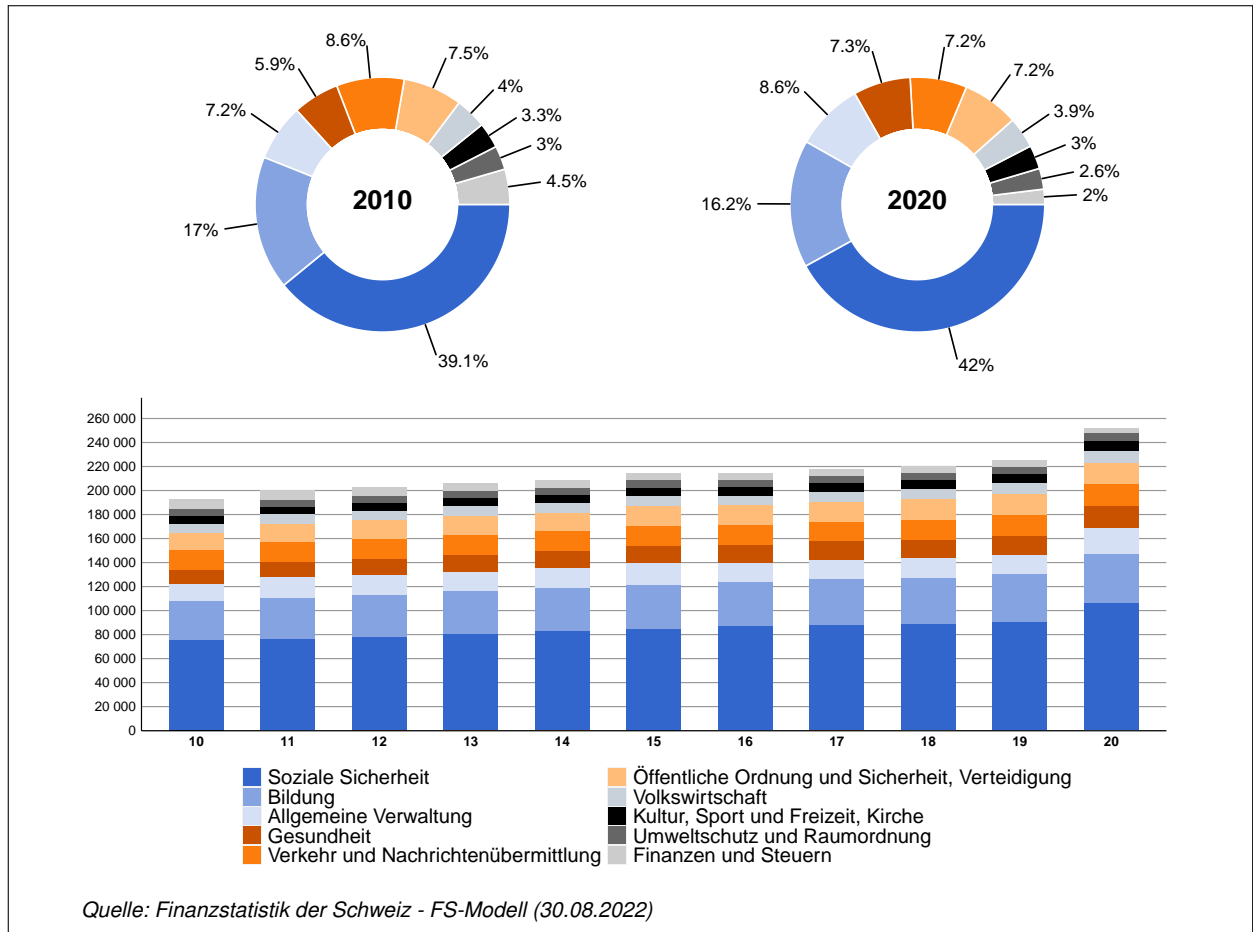
Wie aus der Abbildung 3 ebenso hervorgeht, stiegen die Personalausgaben sowie Sach- und übrigen Betriebsausgaben seit 2010 um 20,9 % bzw. um 14,6 %. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben verminderten sie sich um 1,8 bzw. um 1,4 Prozentpunkte.

Ausgaben nach Funktionen - Die Entwicklung und die Struktur der Ausgaben des Staatssektors gemäss funktionaler Gliederung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) sind in Abbildung 4 dargestellt. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Jahr 2020 auf 252 Milliarden, gegenüber 2010 nahmen diese um 59,4 Milliarden Franken (bzw. um +30,8 %) zu. Auf die Aufgabenbereiche "Soziale Sicherheit" und "Bildung" entfielen 2020 42 % bzw. 16,2 % der Gesamtausgaben des Sektors Staat.

Die Bildung stellt den zweitgrössten Ausgabenbereich in der funktionalen Gliederung dar. 2020 gab der Sektor Staat 40,9 Milliarden Franken für Bildung aus. Die ordentlichen Bildungsausgaben stiegen seit 2010 um 8,1 Milliarden Franken. Die höchsten Zunahmen im 10-Jahresvergleich verzeichneten dabei die Rubriken "obligatorische Schule" (+4 Mrd.), "Hochschulen" (+2 Mrd.) und "Forschung" (+1,3 Mrd.).

Im Bereich der sozialen Sicherheit nahmen die ordentlichen Ausgaben seit 2010 um 17,3 Milliarden zu. Dies entspricht einem Anstieg um 22,9 %, er zeigt sich mehrheitlich in der Erhöhung der Ausgaben an die Alters- und Hinterlassenenversicherung. So wuchsen die ordentlichen Ausgaben für "Alter + Hinterlassene" in diesem Zeitraum um rund 10 Milliarden auf 50,3 Milliarden Franken. Die Mittel für "Sozialhilfe und Asylwesen" verzeichneten seit 2010 einen Anstieg um 2,4 Milliarden Franken. Im gleichen Zeitraum stiegen die ordentlichen Ausgaben in den beiden Funktionsgruppen "Invalidität" sowie "Krankheit und Unfall" um 3,2 Milliarden Franken. Für die soziale Sicherheit gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2020 insgesamt 105,8 Milliarden Franken aus, davon waren 13,2 Milliarden ausserordentlich. Die ausserordentlichen Ausgaben waren vorwiegend für Kurzarbeitsentschädigungen infolge der Covid-19-Pandemie bestimmt. Eine Übersicht über die Ausgaben zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie findet sich im folgenden Abschnitt.

Abbildung 4: Ausgaben nach Funktionen (Mio. CHF und Anteil am Total)



Ausgaben für die Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie - Tabelle 1 zeigt die Covid-Ausgaben des Bundes und der Kantone in Millionen Franken. Bei den Kantonen werden einerseits die Ausgaben aus eigenen Mitteln, andererseits die Ausgaben inklusive der erhaltenen Bundesbeteiligungen ausgewiesen. Die spezifischen Kantonsausgaben nach Funktionen sind exklusive der Bundesbeteiligungen dargestellt. Die Covid-Ausgaben des Bundes machten für das Jahr 2020 16,7 %, 2021 15,6 %, und 2022 8,0 % der Totalausgaben aus. Bei den Kantonen war der Anteil hingegen bei 2,7 % in 2020, 6,7 % in 2021 und 1,1 % in 2022. Der Anteil der aufsummierten Covid-bedingten Ausgaben des Bundes und der Kantone an den Totalausgaben des Gesamtstaats betrug dabei 7,0 % in 2020, 6,6 % in 2021 und 2,9 % in 2022.

Tabelle 1: Covid-Ausgaben nach Funktionen des FS-Modells (in Mio. CHF)

	2020 Rechnung	2021 Rechnung	2022 Schätzung	2020-2022 Total
Bund	14'943	13'921	7'046	35'910
Allgemeine Verwaltung	333	345	1	679
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	9	5	1	14
Bildung	-	-	-	-
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	311	414	230	954
Gesundheit	770	1'803	2'643	5'216
<i>davon Bundesfinanzierung SARS-CoV-2-Tests</i>	194	1'184	-	1'378
Soziale Sicherheit	12'982	6'137	2'834	21'952
<i>davon Bundesbeitrag an die ALV</i>	10'775	4'338	2'520	17'633
<i>davon Leistungen Erwerbsersatz</i>	2'201	1'799	300	4'300
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	371	423	342	1'136
Umweltschutz und Raumordnung	-	-	-	-
Volkswirtschaft	74	4'479	996	5'548
<i>davon Bundesbeteiligung an kantonalen Härtefallmassnahmen für Unternehmen</i>	-	4'194	600	4'794
Finanzen und Steuern	-	-	-	-
Verschiedene Ausgaben	94	316	-	410
Kantone exkl. Bundesbeteiligung	2'579	2'529	284	5'393
Allgemeine Verwaltung	21	16	-	37
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	6	13	-	18
Bildung	22	23	-	45
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	129	91	100	320
Gesundheit	1'532	1'113	-	2'645
<i>davon Transferausgaben an Spitäler</i>	1'157	390	-	1'547
Soziale Sicherheit	182	40	-	222
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	189	175	58	421
Umweltschutz und Raumordnung	0	0	-	0
Volkswirtschaft	498	1'059	127	1'684
<i>davon Härtefallmassnahmen für Unternehmen</i>	-	790	119	909
Finanzen und Steuern	0	-	-	0
Kantone inkl. Bundesbeteiligung	2'733	6'902	1'111	10'746

Quelle: Finanzstatistik der Schweiz - Spezialauswertung (10.08.2022)

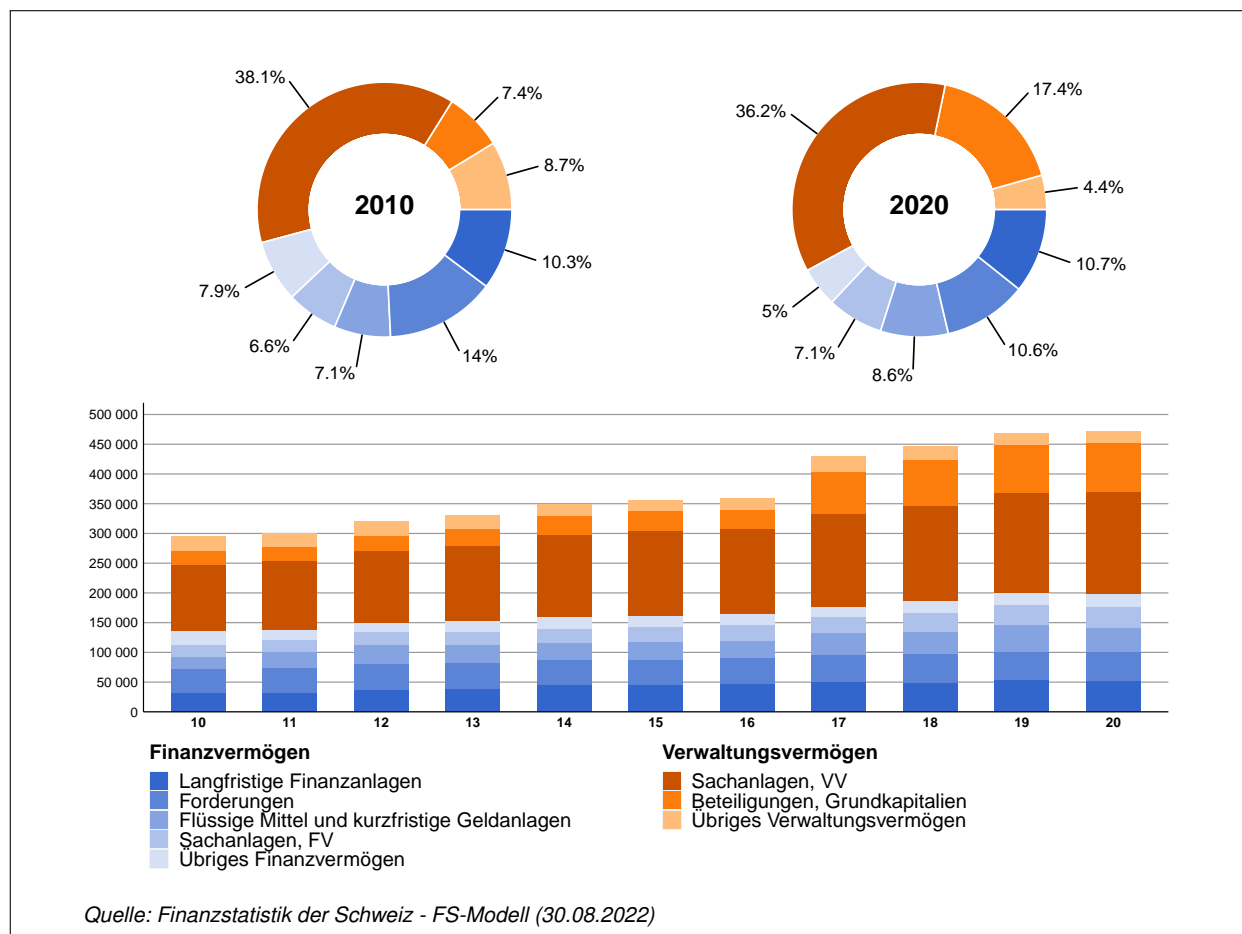
Im Teilssektor Bund ist der Aufgabenbereich "Soziale Sicherheit" die grösste Ausgabenposition, während dies bei den Kantonen der Gesundheitsbereich ist. Die Zusammensetzung der Ausgaben gegliedert nach Aufgabenbereichen änderte sich von Jahr zu Jahr. Während in 2020 eine Mehrheit der Ausgaben für die soziale Sicherheit beim Bund, resp. die Gesundheit bei den Kantonen, gebunden waren, spielten in 2021 bei den Kantonen zusätzlich auch die kantonalen Härtefallhilfen an Unternehmen im Aufgabenbereich Volkswirtschaft eine wichtige Rolle. Dass die Kantone die Härtefallmassnahmen an Unternehmen umsetzen wird auch beim Anteil deren Covid-Ausgaben an den Totalausgaben in 2021 ersichtlich. So ist der Anteil der Covid-Ausgaben an den Totalausgaben der Kantone in 2021 markant gestiegen, und zwar von 2,7 % auf 6,7 %. Da der Bund aber die Mehrheit der Kosten in Bezug auf die Härtefallhilfen übernahm, sind die Kantonsausgaben aus eigenen Mitteln im Vergleich zu 2020 relativ unverändert geblieben.

3.2 Bilanz und Verschuldung

Der Unterabschnitt zu Bilanz und Verschuldung befasst sich mit der Entwicklung und Struktur der Bilanz des Staatssektors seit 2010. Zudem behandelt er auch die Entwicklung der Verschuldung im gleichen Zeitraum.

Aktiven - Ende 2020 beliefen sich die Aktiven der Staatsbilanz auf insgesamt 472,4 Milliarden Franken, dies sind 3,3 Milliarden (0,7 %) mehr als Ende 2019. Im 10-Jahresvergleich nahm die Bilanzsumme um 176,5 Milliarden Franken zu. Dieser starke Anstieg lässt sich zu einem grossen Teil den Aufwertungen der Aktiven durch die Kantone und Gemeinden beim Übergang zum neuen Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) zuschreiben. Allein der Wert an Sachanlagen des Verwaltungsvermögens erhöhte sich seit Ende 2010 um 58,3 Milliarden Franken und machte 2020 36,2 % der Gesamtbilanz aus. Mit einem Mehrbetrag von rund 60 Milliarden Franken gegenüber 2010 wuchs auch die Rubrik "Beteiligungen und Grundkapitalien" stark. So erhöhte sich ihr Anteil am Total der Aktiven zwischen 2010 und 2020 von 7,4 % auf 17,4 %. Was das Finanzvermögen betrifft, nahm der Bestand an flüssigen Mitteln und kurzfristigen Geldanlagen gegenüber 2010 um 19,4 Milliarden Franken zu. Auch die langfristigen Finanzanlagen verzeichneten seit 2010 einen starken Anstieg (+20,3 Mrd.).

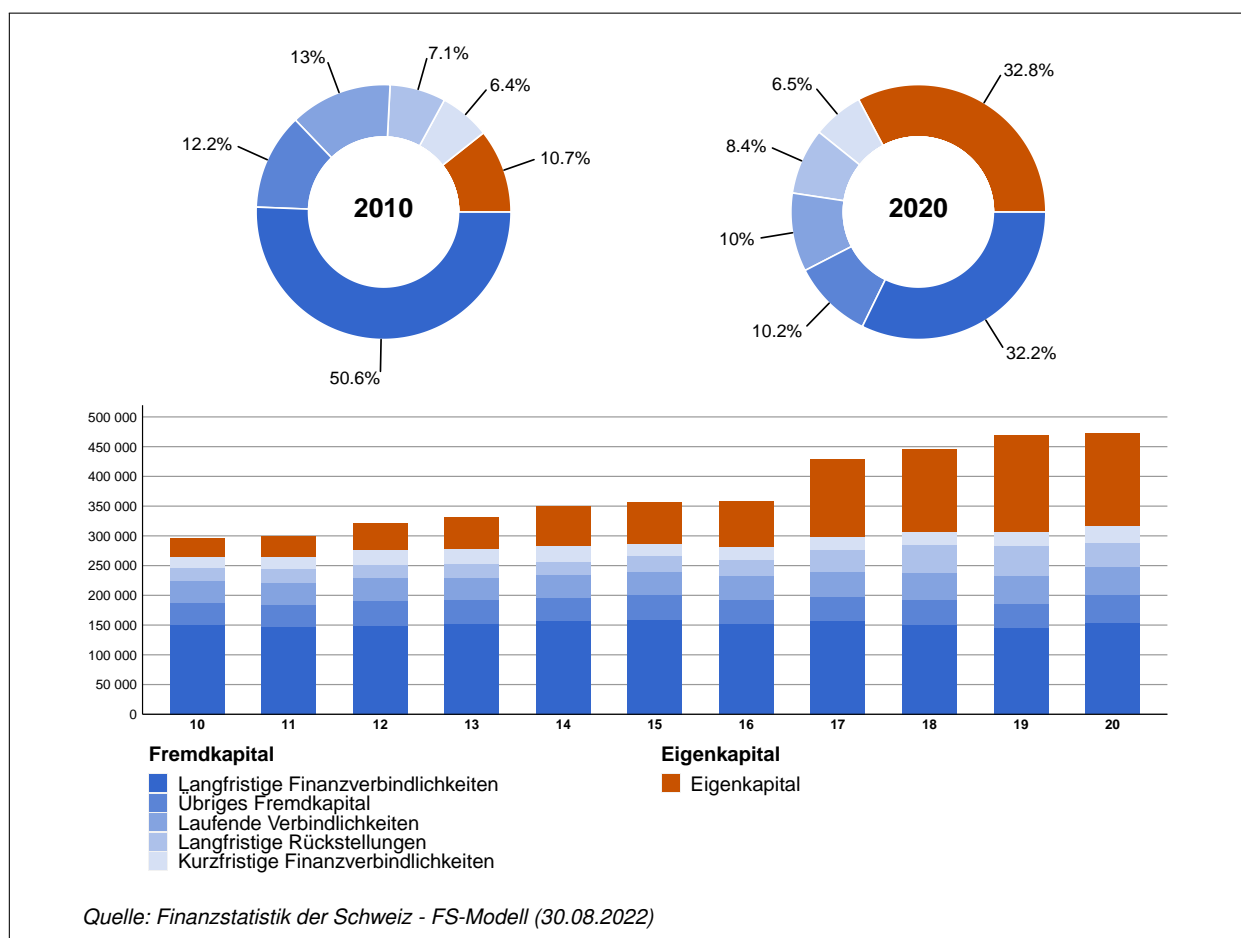
Abbildung 5: Aktiven nach FS (Mio. CHF und Anteil am Total)



Passiven - Gemäss den definitiven Zahlen der Finanzstatistik betrug das Fremdkapital des Staatssektors Ende 2020 317,6 Milliarden Franken. Im Vorjahresvergleich nahm es um 10,2 Milliarden (+3,3%) und im 10-Jahresvergleich um 53,3 Milliarden Franken (+20,2%) zu. Für die Veränderung innerhalb der 10 Jahre war primär die Erhöhung der langfristigen Rückstellungen verantwortlich, die um 18,6 Milliarden Franken (+88,6%) über dem Wert von Ende 2010 lagen. Der Anstieg der langfristigen Rückstellungen war im Wesentlichen dem Teilssektor Bund zuzuschreiben, dessen Rückstellungen für zukünftige Rückerstattungsforderungen stark wuchsen. Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie die passiven Rechnungsabgrenzungen stiegen im 10-Jahresvergleich ebenfalls deutlich an, um 11,5 bzw. 13,2 Milliarden Franken. Der starke Eigenkapitalanstieg beim Gesamtstaat schliesslich kam aufgrund der guten Ergebnisse und aufgrund von Anpassungen mit dem Wechsel auf HRM2 zustande. Gegenüber 2010 nahm das Eigenkapital um 123,2 Milliarden Franken zu.

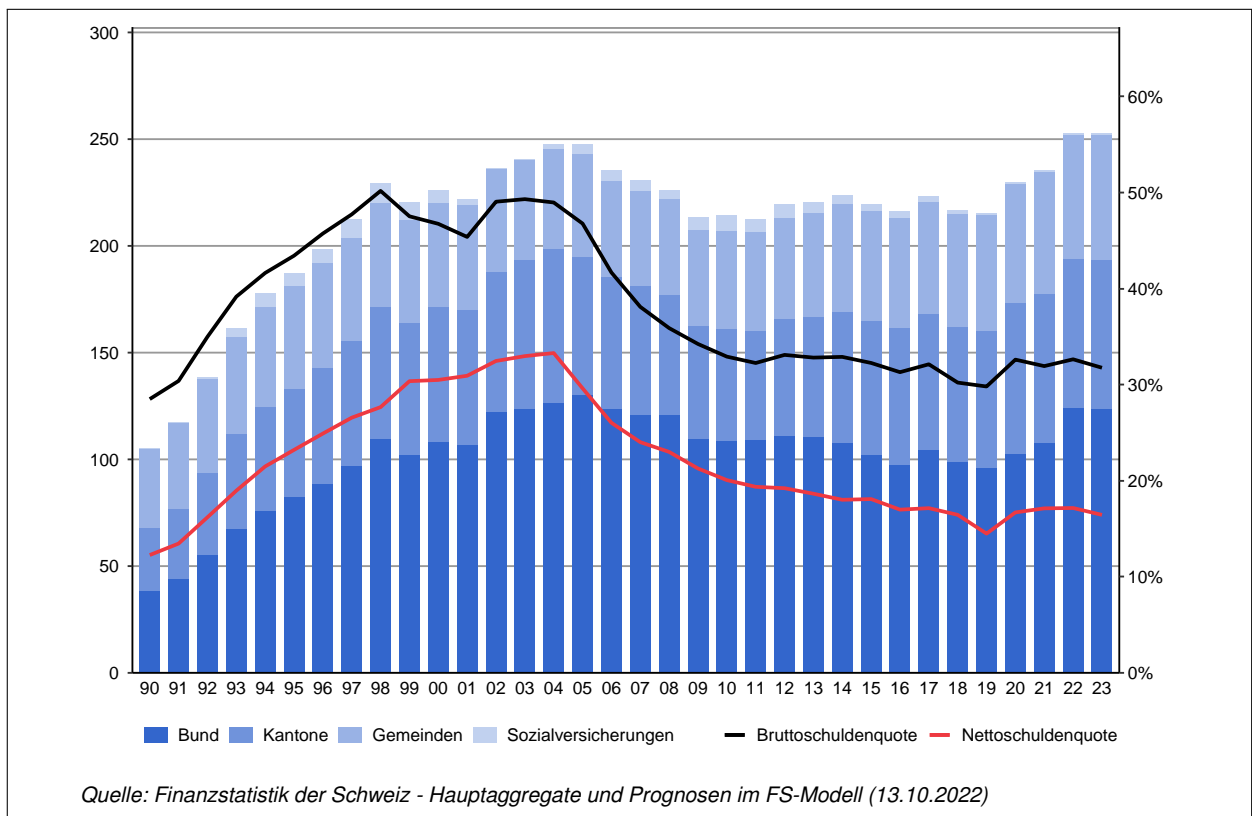
Die Entwicklung der verschiedenen Passivpositionen zeigt sich in der Abbildung 6. Der Anteil der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sank seit 2010 um 18,4 Prozentpunkte auf 32,2% der gesamten Passiven. Dafür erhöhte sich in diesem Zeitraum der Eigenkapitalanteil um 22,1 Prozentpunkte auf 32,8%.

Abbildung 6: Passiven nach FS (Mio. CHF und Anteil am Total)



Verschuldung - Die Summe der laufenden Verbindlichkeiten, der kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten nach Abzug des bilanzierten Wertes der kurz- und langfristigen derivativen Finanzinstrumente sowie des Bilanzwerts der passivierten Investitionsbeiträge entspricht den Bruttoschulden gemäss dem harmonisierten Rechnungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2). Nach Definition des HRM2 setzen sich die Nettoschulden zusammen aus dem gesamten Fremdkapital abzüglich den passivierten Investitionsbeiträgen und dem Finanzvermögen. Abbildung 7 veranschaulicht die Entwicklung der nominalen Bruttoschulden seit 1990 für den Staatssektor und die vier Teilssektoren (blaue Balken) sowie die Entwicklung der Bruttoschulden (schwarze Kurve) und der Nettoschulden (rote Kurve) in Prozent des nominalen BIP für den Staatssektor.

Abbildung 7: Schuldenentwicklung nach FS in Mrd. CHF (linke Skala) und in % nominelles BIP (rechte Skala)



Die nominalen Bruttoschulden stiegen Anfang der Neunzigerjahre in hohem Tempo und erreichten 2004 mit 245,9 Milliarden Franken einen Höchstwert. 2004 begannen die Bruttoschulden dank einer günstigen Wirtschaftslage, der Einführung der Schuldenbremse beim Bund sowie den Fiskalregeln bei den Kantonen und Gemeinden nominal und in Prozent des BIP zu sinken. Dieser Trend hielt bis 2011 an und verlangsamte sich dann deutlich. Zwischen 2012 und 2019 stabilisierten sich die Bruttoschulden bei 215 Milliarden Franken. Zur Finanzierung der Corona-bedingten Mehrausgaben erhöhten die öffentlichen Haushalte in Folge die Bruttoschulden deutlich. Gemäss aktueller Schätzung dürften die Bruttoschulden des Staats Ende 2023 den Höchststand von 251,3 Milliarden Franken erreichen, danach dürfte ein kontinuierlicher Schuldenabbau einsetzen.

Die Kurve der Nettoschulden verläuft ähnlich wie jene der Bruttoschulden, jedoch auf tieferem Niveau. Die Zunahme der Nettoverschuldung in den Jahren 2020 und 2021 ist auf die Finanzierung der Ausgaben in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen. Diese Mehrausgaben des Bundes und der Kantone wurden einerseits mit Mitteln des Finanzvermögens finanziert, andererseits über Finanzverbindlichkeiten (Geldmarktbuchforderungen und Anleihen) gedeckt.

4 Öffentliche Finanzen der Schweiz im internationalen Vergleich (GFS)

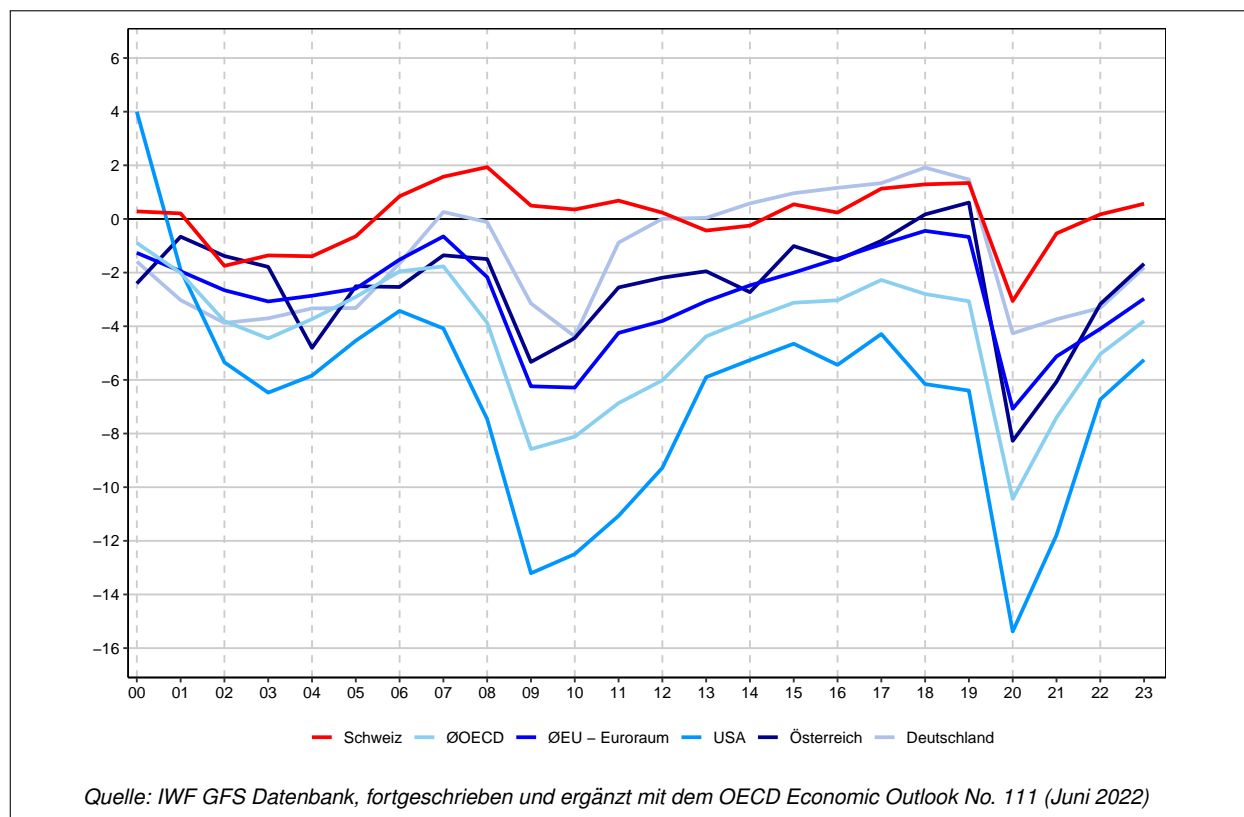
Zu Zwecken der internationalen Vergleichbarkeit werden die Finanzen der öffentlichen Haushalte auch nach den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht.

4.1 Finanzierungssaldo, Einnahmen und Ausgaben

Dieses Unterkapitel vergleicht den Finanzierungssaldo, die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte der Schweiz mit einzelnen ausgewählten Ländern und Länderdurchschnitten. Zudem werden die Ausgaben der Schweiz nach der Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staats (Classification of the Functions of Government, kurz COFOG) international verglichen.

Finanzierungssaldo - Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte ergibt sich aus der Differenz zwischen den Gesamteinnahmen und -ausgaben nach den Richtlinien des IWF. Im Verhältnis zum nominalen BIP entspricht er der Defizit-/Überschussquote des Sektors Staat. Die Normalisierung mit dem BIP ermöglicht die Vergleichbarkeit zwischen Ländern. Nachfolgende Abbildung zeigt die Defizit-/Überschussquoten der Schweiz, der Nachbarstaaten Deutschland und Österreich, der USA sowie der OECD und des Euroraums. Die Quote der Schweiz liegt mehrheitlich über den anderen Quoten, in den Jahren 2013 bis 2019 liegt einzig jene von Deutschland leicht darüber.

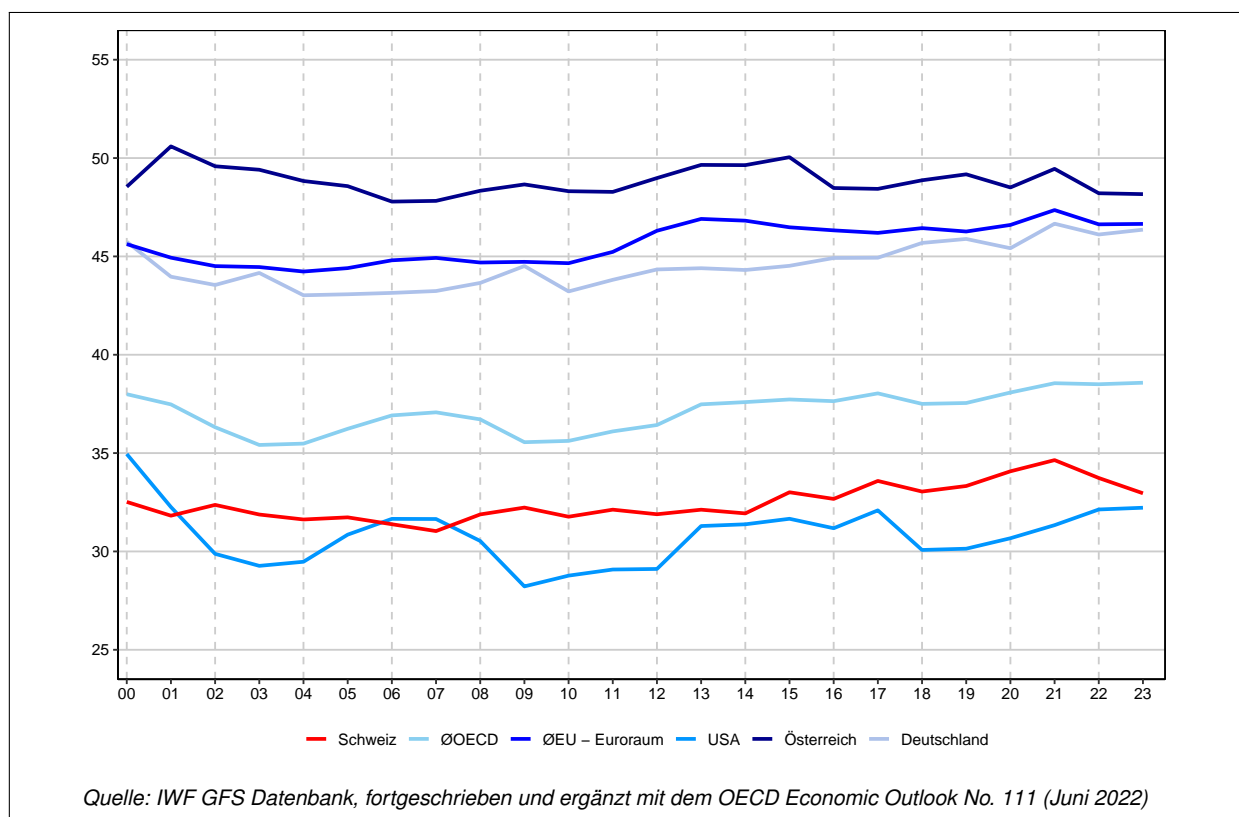
Abbildung 8: Entwicklung der Defizit-/Überschussquoten (in % des nom. BIP)



Die Covid-19-Pandemie führte im Jahr 2020 zu Rekorddefiziten in den Finanzen der öffentlichen Haushalte. Im Vergleich mit den Ländern der OECD und im Euroraum fiel das Finanzierungsdefizit in der Schweiz geringer aus.

Einnahmenquote - Die Einnahmenquote stellt die Einnahmen des Staats relativ zur Wirtschaftsleistung (BIP) dar. Die Entwicklung dieser Quote ist demnach abhängig vom Ausmass und von der Richtung wie sich die Einnahmen und das BIP entwickeln. Seit 2000 zeigen die Einnahmenquoten der abgebildeten Länder grundsätzlich eine stabile, leicht aufsteigende, Entwicklung. Die Einnahmen des Staats hängen primär von den Einnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen des privaten Sektors ab. Da die Einnahmen des privaten Sektors grundsätzlich von der Wirtschaftsleistung des Landes abhängen, ändert sich deshalb das Verhältnis von Staatseinnahmen relativ zum BIP, und damit die Einnahmenquote, nur wenig. Einzig in den USA kann eine volatilere Entwicklung über den abgebildeten Zeitraum festgestellt werden.

Abbildung 9: Entwicklung der Einnahmenquoten (in % des nom. BIP)



Im Jahr 2020 nahm die Einnahmenquote der Länder des Euroraums (+0,3 Prozentpunkte) und der OECD (+0,5 Prozentpunkte) trotz der Wirtschaftskrise infolge der Covid-19-Pandemie sogar leicht zu. In den USA erhöhte sich die Einnahmenquote von 30,1 % auf 30,7 % des BIP. Während Deutschland (-0,5 Prozentpunkte) und Österreich (-0,7 Prozentpunkte) je einen Rückgang verzeichneten, nahm die Quote in der Schweiz um 0,7 Prozentpunkte zu. Dies kann vor allem dadurch erklärt werden, dass die Wirtschaftsleistung relativ zu den Staatseinnahmen in dieser Zeit weiter gesunken ist. So blieben die Einnahmen des privaten Sektors,

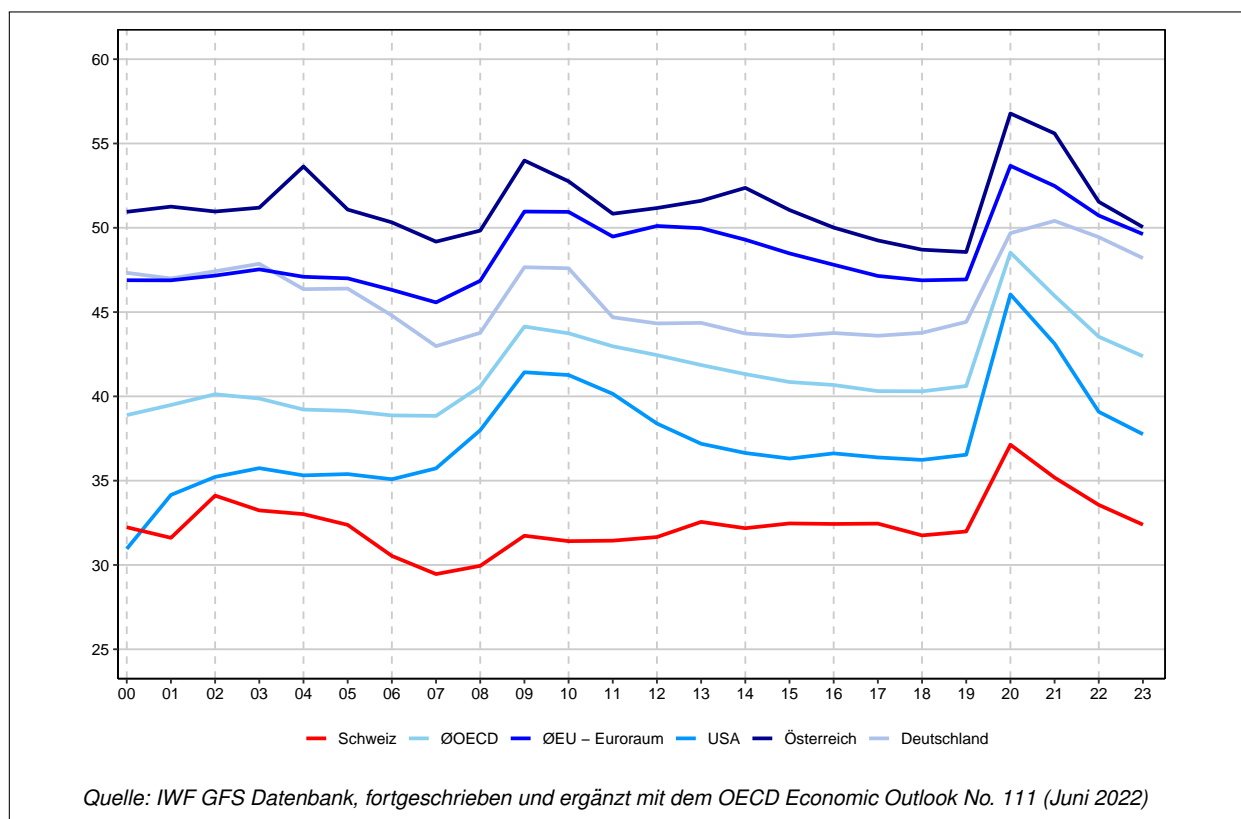
und damit indirekt die Staatseinnahmen, durch Leistungen der Arbeitslosenversicherung und des Corona-Erwerbsersatzes relativ konstant, während die Wirtschaftsleistung aufgrund der Covid-19-Pandemie stark einbrach.

2021 legte die Einnahmenquote in den meisten Ländern nochmals zu. Im Durchschnitt stiegen die Einnahmenquoten der Länder im Euroraum und der OECD um 0,8 bzw. 0,5 Prozentpunkte. Während in Deutschland und Österreich die Einnahmenquote um 1,2 bzw. 0,9 Prozentpunkte zunahm, verzeichnete die Schweiz eine Erhöhung um 0,6 Prozentpunkte. Die Einnahmen stiegen dadurch relativ zur Wirtschaftsleistung höher an.

Gemäss Schätzungen des OECD Economic Outlook wird in 2022 bei den meisten Ländern ein Rückgang der Einnahmenquote erwartet. Die Quote dürfte sich dann in 2023 bei den meisten Ländern wieder auf dem Vorkrisenniveau einpendeln. Für die Schweiz wird 2022 mit einer Einnahmenquote von 33,7 % gerechnet, was einen Rückgang um 0,9 Prozentpunkte bedeuten würde. Für den Euroraum wird mit einer Abnahme um 0,7 Prozentpunkte gerechnet. Einen stärkeren Rückgang der Einnahmequote ist in Österreich (-1,2 Prozentpunkte gegenüber 2021) zu erwarten. In den USA wird hingegen eine Zunahme um 0,8 Prozentpunkten erwartet. Der Rückgang der Einnahmenquote in den meisten Ländern dürfte grundsätzlich durch die erwartete Erholung der Wirtschaftsleistung in 2022 und 2023 erklärt werden. In der Schweiz wird für 2023 zurzeit mit einem relativ zu den Staatseinnahmen höheren Anstieg des BIPs gerechnet, wodurch die Einnahmenquote weiter sinkt. Die wirtschaftlichen Folgen der Ukraine Krise und der anhaltenden Inflation sind zurzeit allerdings noch unklar. Entsprechend ist die Prognose der Einnahmenquote auch von der wirtschaftlichen Unsicherheit betroffen.

Staatsquote - In Abbildung 10 sticht der sprunghafte Anstieg der Staatsquoten im Jahr 2020 ins Auge. Als Folge der Covid-19-Pandemie führten 2020 die Massnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise zu stark steigenden Ausgaben. Der starke Rückgang der Wirtschaftsleistung verstärkte ausserdem den Anstieg der Staatsquote der Länder.

Abbildung 10: Entwicklung der Staatsquoten (in % des nom. BIP)

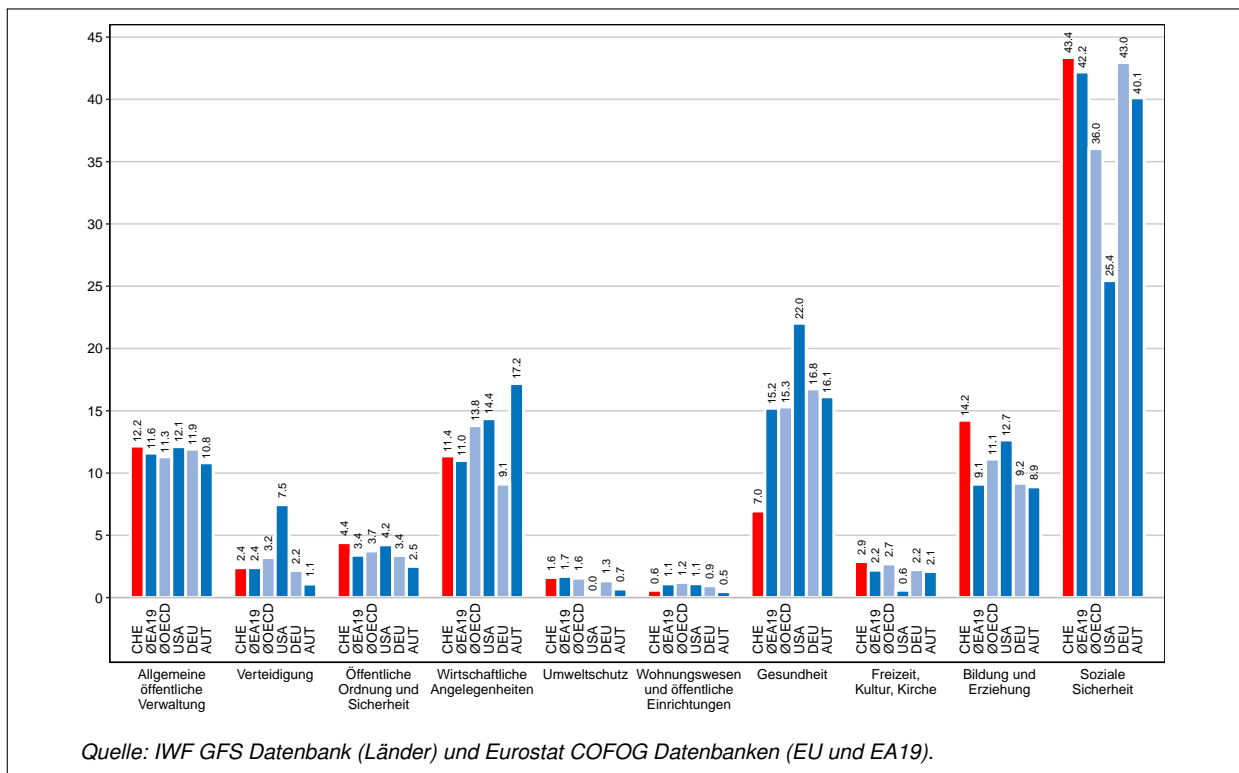


Im Jahr 2020 beliefen sich die staatlichen Gesamtausgaben im Euroraum (19 Länder) auf 53,7 % des BIP, gegenüber dem Vorjahr nahmen sie aufgrund der Massnahmen zur Abschwächung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie um 6,7 Prozentpunkte zu. Die Staatsquote der Schweiz erhöhte sich währenddessen um 5,1 Prozentpunkte auf 37,1 % des BIP. Von den Mitgliedstaaten im Euroraum verzeichneten einzig Irland (+3,2 Prozentpunkte), Luxemburg (+3,6 Prozentpunkte), Finnland (+3,8 Prozentpunkte) und die Slowakei (+4,8 Prozentpunkte) einen geringeren Anstieg.

Gemäss den aktuellen Prognosen der Eidg. Finanzstatistik dürfte die Staatsquote der Schweiz 2022 auf 33,6 % des BIP zurückgehen und damit um +1,6 Prozentpunkte über dem Vorkrisenstand liegen. Im Vergleich mit den anderen abgebildeten Staatsquoten, bleibt jene der Schweiz weiterhin tief.

Ausgaben nach COFOG im internationalen Vergleich - Abbildung 11 zeigt für welche Aufgabenbereiche im Jahr 2020 am meisten Gelder im Verhältnis zum Total der Staatsausgaben ausgegeben wurden.

Abbildung 11: Staatsausgaben nach Funktionen (COFOG) in 2020 (in % der Totalausgaben)



Wie in der Schweiz stehen die Staatsausgaben für “Soziale Sicherheit” auch auf internationaler Ebene an erster Stelle. Aus der Abbildung ersichtlich ist, dass 2020 mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben auf die beiden Aufgabengebiete “Soziale Sicherheit” und “Gesundheit” entfielen. Im Länderdurchschnitt des Euroraums betragen die Anteile an den Gesamtausgaben für diese beiden Bereiche 42,2 % bzw. 15,2 %. Die anderen Aufgabengebiete mit einem grossen Anteil an den gesamten Staatsausgaben im Euroraum waren “Allgemeine öffentliche Verwaltung” (11,6 %), “Wirtschaftliche Angelegenheiten” (11,0 %) sowie “Bildung und Erziehung” (9,1 %). Im Vergleich zu Europa gaben die USA weniger für den Bereich “Soziale Sicherheit” (25,4 %), dafür aber weit mehr für die Bereiche “Gesundheit” (22,0 %) und “Verteidigung” (7,5 %) aus. Im Zuge der Bekämpfung der Covid-Pandemie erhöhten die USA im Jahr 2020 ihre Mittel für “Soziale Sicherheit” und “Wirtschaftliche Angelegenheiten” deutlich, was deren Anteile an den Gesamtausgaben gegenüber dem Vorjahr um 5,6 bzw. 5,5 Prozentpunkte erhöhte.

In der Schweiz betrug 2020 der Anteil für “Soziale Sicherheit” an den Gesamtausgaben 43,4 %, er lag damit leicht über dem Durchschnitt des Euroraums. Gemessen an der Wirtschaftsleistung variierte der Anteil für staatliche Sozialschutzausgaben zwischen 10,2 % (Irland) und 27,3 % des BIP (Frankreich). Neun Staaten des Euroraums, darunter Österreich (22,9 %) und Deutschland (21,8 %) wendeten für den Sozialschutz mindestens 20 % des BIP auf. In der Schweiz erhöhte sich der Anteil für die Soziale Sicherheit von 12,6 % des BIP im Jahr 2019 auf 16,1 % des BIP im Jahr 2020.

Ein frappanter Unterschied zwischen der Schweiz und den Vergleichsländern zeigt sich bei den Gesundheitsausgaben. Der Gesundheitsbereich war 2020 im Euroraum der zweitgrösste Ausgabeposten der öffentlichen Haushalte, in der Schweiz lag er an fünfter Stelle. Das erklärt sich dadurch, dass das Gesundheitssystem in vielen europäischen Ländern über öffentliche und nicht über private Haushalte wie in der Schweiz finanziert ist. In Relation zu den Gesamtausgaben betrug im Euroraum der durchschnittliche Ausgabenanteil für den Gesundheitsbereich 15,2 % im Jahr 2020, waren es 11,3 % im Jahr 1995. In Deutschland betrug der Anteil 16,8 % und in der Schweiz 7,0 % im Jahr 2020. In Relation zur Wirtschaftsleistung gaben die USA weit mehr als jedes andere OECD-Land für die Gesundheit aus. 2020 überstieg der Anteil der Gesundheitsausgaben erstmals die 10-% Marke des BIP. Dieser Anteil wuchs im Vergleich zu 1995 in den USA um 4,0 Prozentpunkte und in der Schweiz um 1,0 Prozentpunkte, während die Zunahme des OECD-Länderdurchschnitts im gleichen Zeitraum 2,2 Prozentpunkte betrug.

Für den Bereich "Wirtschaftliche Angelegenheiten" hatte die Schweiz 2020 einen höheren Anteil an den Gesamtausgaben als der Länderdurchschnitt im Euroraum. Am höchsten lag der Anteil in Malta (21,9 %), am niedrigsten in Finnland und Deutschland (je rund 9,1 %). Innerhalb des Bereichs "Wirtschaftliche Angelegenheiten" waren sowohl im Euroraum als auch in der Schweiz die Ausgaben für "Verkehr" am höchsten, gefolgt von den Ausgaben für "Wirtschaft, Handel und Arbeit" im Euroraum und den Ausgaben für "Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Jagd" in der Schweiz.

Für "Bildung und Erziehung" gaben 2020 die öffentlichen Haushalte der Schweiz 36,7 Milliarden Franken aus, der Anteil an den Gesamtausgaben betrug 14,2 %. Im Vergleich mit den Staaten der OECD und des Euroraums lag dieser Ausgabenanteil deutlich über dem Durchschnitt. Einen ähnlichen Anteil wie die Schweiz hatten 2020 beispielsweise Neuseeland, Australien (je 14,4 %) und Estland (je 14,3 %). In Relation zur Wirtschaftsleistung lagen die Bildungsausgaben 2020 dieser Länder (zwischen 5,9 und 6,6 % des BIP) hingegen über dem Wert der Schweiz (5,3 % des BIP).

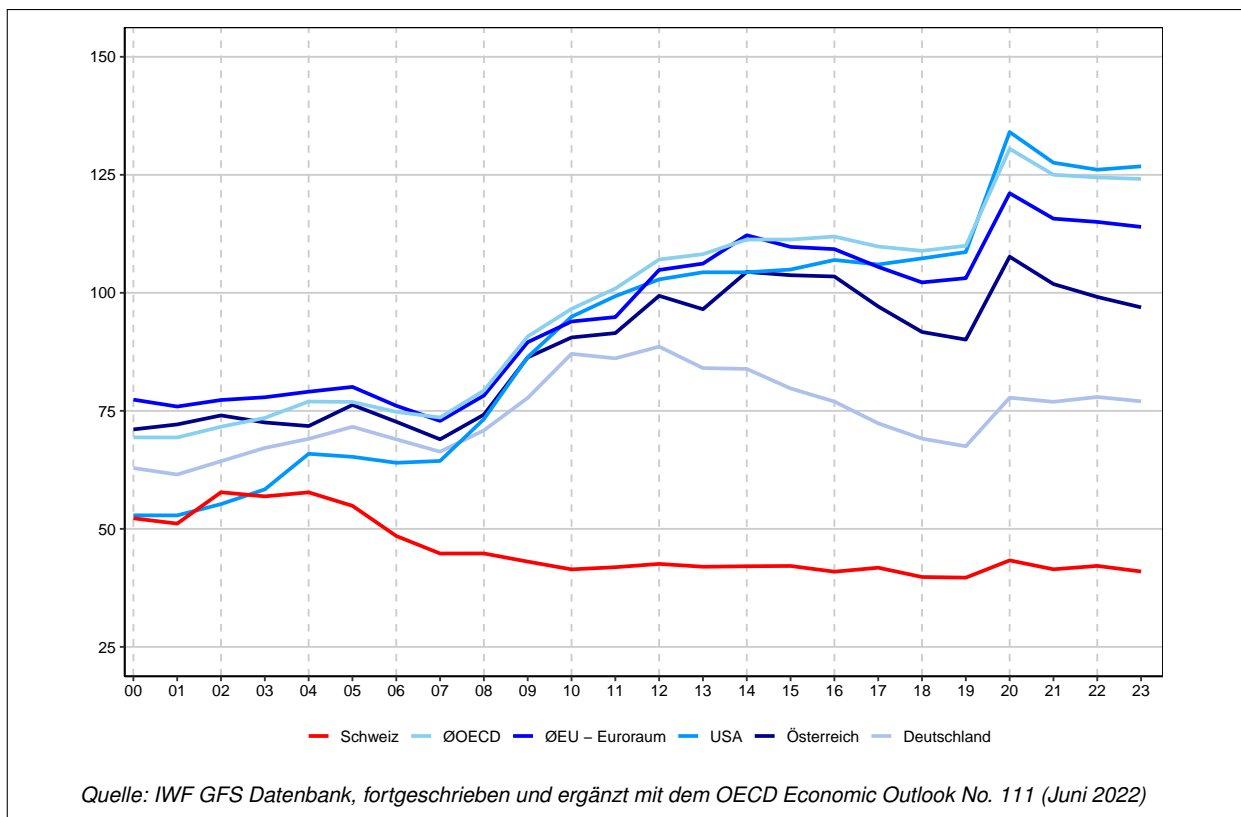
Im Vergleich mit den Nachbarstaaten Deutschland und Österreich tätigte die Schweiz für "Allgemeine öffentliche Verwaltung" 2020 höhere Ausgaben. Einen ähnlichen Anteil an den Gesamtausgaben wie die Schweiz verzeichneten dagegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Länderdurchschnitt des Euroraums und der OECD betrug derweil 11,6 % bzw. 11,3 %, tiefe Werte wiesen 2020 Israel (7,7 %), Japan (7,9 %) und Litauen (8,1 %) aus.

4.2 Verschuldung

Dieses Unterkapitel vergleicht die Verschuldungssituation der Schweiz mit einzelnen ausgewählten Ländern. Für die Fremdkapitalquote existieren auch offiziell publizierte Länderdurchschnitte der OECD und des Euroraums.

Fremdkapitalquote - Die Fremdkapitalquote misst die Bruttoschulden des Staatssektors nach den Richtlinien des IWF in Relation zur Wirtschaftsleistung. Die Abbildung 12 zeigt die Entwicklung der Fremdkapitalquoten. Ersichtlich ist, dass die Schweiz im internationalen Vergleich eine niedrige und seit 2010 eine stabile Quote hat.

Abbildung 12: Entwicklung der Fremdkapitalquoten (in % des nom. BIP)



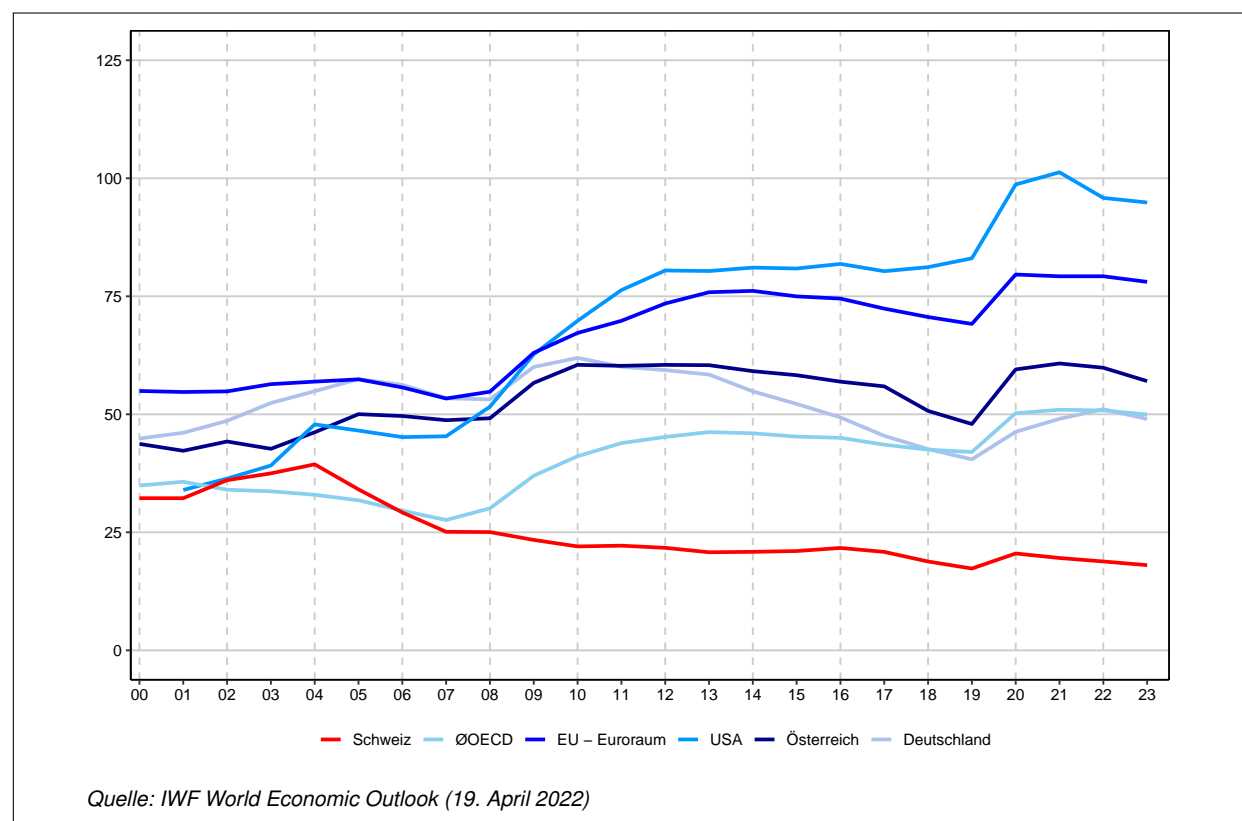
2020 steigt die Fremdkapitalquote in vielen Staaten bedingt durch die Stabilisierungsmassnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Konsequenzen der Corona-Pandemie massiv an. In den Ländern des Euroraums steigt die Fremdkapitalquote um 18 Prozentpunkte, während sie im OECD-Raum um 20,5 Prozentpunkte und in den USA gar um 25,4 Prozentpunkte wächst. Im Vergleich dazu verzeichnen Luxemburg (+1,9 Prozentpunkte), Irland (+2,8 Prozentpunkte) und die Schweiz (+3,7 Prozentpunkte) deutlich geringere Anstiege.

Gemäss aktueller Schätzung dürfte das Fremdkapital der öffentlichen Haushalte der Schweiz (insb. auf Bundesebene) nominal nochmals steigen und in den Jahren 2022/2023 einen neuen Höchststand von 324 Milliarden erreichen. Die Fremdkapitalquote hingegen dürfte bereits ab 2023 bedingt durch die erwartet

höhere Wirtschaftsleistung rückläufig sein. In Deutschland wird erwartet, dass die Fremdkapitalquote in den nächsten Jahren tendenziell stabil bleibt, während sie in den meisten Ländern im Euroraum und in der OECD rückläufig ist.

Nettoschuldenquote - Die Nettoschuldenquote stellt die Nettoverschuldung gemäss Definition des IWF in Relation zum BIP dar und wird in Abbildung 13 dargestellt. Die Nettoschulden gemäss IWF (GFS) ergibt sich aus den Bruttoschulden abzüglich dem Finanzvermögen. Für die Nettoschuldenquote wird keine Prognose im Rahmen des OECD Economic Outlook gemacht, weswegen die Daten des World Economic Outlooks des IWF (Publikationsstand vom 19.4.2022) verwendet werden.

Abbildung 13: Entwicklung der Nettoschuldenquoten (in % des nom. BIP)



Negative Nettoschulden bedeuten, dass diese Länder netto keine Schulden haben, sondern ein Vermögen besitzen. Dies trifft beispielweise für Norwegen zu. Demgegenüber weisen Japan (ab 2008), Italien (ab 2009) und Portugal (ab 2011) eine Nettoverschuldung von über 100 % des BIP aus.² Die Nettoschuldenquote der Schweiz sank seit ihrem Höchststand von 39,4 % des BIP Ende 2004 auf 17,3 % des BIP Ende 2019. Auch in den Jahren nach der Finanzkrise nahm die Nettoschuldenquote ab, währenddessen sie in den anderen abgebildeten Ländern und Länderdurchschnitten stark anstieg und in den Folgejahren relativ konstant blieb, einzig in Deutschland war sie ab 2013 bis zur Covid-Krise rückläufig.

Wegen des hohen Finanzierungsbedarfs für die Stabilisierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise stiegen die Nettoschulden in 2020 für die meisten Länder kräftig an. Die Nettoschuldenquote der Schweiz stieg um 3,2 Prozentpunkte auf 20,5 % des BIP. Die anderen abgebildeten Länder zeigen hingegen

² in der Grafik zugrunde liegender Datentabelle ersichtlich

viel stärkere Anstiege. In den Vereinigten Staaten von Amerika nahm die Nettoschuldenquote um 15,6 Prozentpunkte, im Euroraum um 10,5 Prozentpunkte und für die OECD-Mitgliedsstaaten im Durchschnitt um 8,2 Prozentpunkte zu.

5 Anhang

Die Anhänge zu dieser Publikation sind auf der Webseite der Eidg. Finanzverwaltung veröffentlicht. Nachfolgend sind entsprechende Links aufgeführt:

[Übersicht: Methoden und Modelle der Finanzstatistik](#)

[Umfang der Finanzstatistik](#)

